

Inhalt

Inhalt/Impressum	2
Editorial	3/4
Bericht zur Lage	5-30
* Europaisierung (6-10)	
* Entsorgung/Energiepolitik (10 -15)	
* ASSE II (15-17)	
* DDR/Osteuropa (17-24)	
* Was sonst noch lief (24/26)	
* Finanzen/Mitglieder (27/28)	
* Was läuft 1990 ?(28-30)	
Aus der Arbeitsgemeinschaft	31-37
* Nachrichten (31)	
* Neu im Vorstand: Jochen Riggert (32/33)	
* Resolution der Mitgliederversammlung (34/35)	
* Für den Terminkalender(36/37)	
Aus aller Welt und Überhaupt	38/39

Impressum

Info für Mitglieder und FreundInnen der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD
Herausgeberin: AG Schacht KONRAD e.V., Bleckenstedter Straße 24, 3320 Salz-
gitter Bleckenstedt, 05341 / 6 74 92
Redaktion: Peter Dickel, Sophienstraße 14, 3300 Braunschweig,
0531 / 89 16 32 ** Telefax: 0531 / 89 56 10
Redaktionsschluß der nächsten Ausgabe: 4. April 1990

Januar 1990

Auflage: 1000

Editorial:

Wie weiter?

599 Atomreaktoren und Wiederaufarbeitungsanlagen sollten in der Bundesrepublik gebaut werden. Das weist ein Info des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz aus den 70er Jahren aus, das links oben auf dem Titel zu sehen ist. Weltweit sind heute 417 Reaktoren in Betrieb, in der BRD davon ganze 21. Daß weitere nicht geplant werden und die Wiederaufarbeitung gänzlich zur Disposition steht, folgt keinem weisen Ratschluß aus Politik und Wirtschaft. Als politischer Widerstand die Fläche stoppte, wurde ihr Wert schnell deutlich: Schon für Anfang und Mitte der 80er Jahre prophezeite Stromabschaltungen (Titel unten links) blieben aus und die Stromzuwachsprognosen mußten revidiert werden. Die großen Katastrophen von Winscale, Harrisburg und Tschernobyl, unzähligen Beinahkatastrophen und Transnuklear machten deutlich, daß der Skandal in der Atomindustrie alltäglich ist. Sowenig uns die Konzepte zur Atommüllbehandlung entsorgen konnten, so wenig funktionierten sie. Selbst das einst als problemlos eingestufte Endlager KONRAD verzögerte sich unter wissenschaftlichem Zweifel und öffentlichem Druck Jahr um Jahr.

Aber: Wer an Atomenergie gut verdienen oder andere Interessen an ihr hat, wird freiwillig nicht auf sie verzichten. Und so erleben wir, wie einerseits Konzeptionen und Programme reduziert werden, andererseits aber alles getan wird, um die Existenz der Atomenergie abzusichern und ihr einen Weg in die Zukunft offenzuhalten. Lauthals wird behauptet, Atomkraft sei ein Beitrag zur Verhinderung der Klimakatastrophe und klammheimlich werden Verträge und Verordnungen vorbereitet, die den Ausstiegswillen der Bevölkerungsmehrheit konterkarieren sollen. Mit der Kohle als Druckmittel sollen Parteien und Gewerkschaften auf einen neuen energie- und entsorgungspolitischen Konsens festgelegt werden. Völlig neue Überlebenschancen der Atom-

industrie und Expansionschancen der Energiewirtschaft sollen Ostaktivitäten verschaffen, die natürlich noch vor der Volkskammerwahl am 6. Mai abgeschlossen werden sollen. An der Börse ist von Osteuphorie und Ostphantasien die Rede.

Alles andere als einfach zu durchblicken, was da auf verschiedenen Ebenen geschoben, bewegt und festgelegt wird, was wahr ist und was nur Zweckpropaganda, zumal es natürlich auch unter den Akteuren ganz unterschiedliche, teils sich widersprechende Interessen gibt. Eines aber ist sicher: Bis Mitte der 90er Jahre fällt die Entscheidung, ob die wissenschaftlich längst wiederlegte, antiquierte Atomtechnik endgültig ad acta gelegt wird, oder ob es zu einer 2. Runde im Atomgeschäft kommt. Die Energiewirtschaft hat den Gong dazu längst geschlagen und spricht von einer Renaissance. Ob es, bei Träumen bleibt, hängt wesentlich von der politischen Auseinandersetzung der nächsten Zeit ab.

Unsere Arbeitsgemeinschaft hat die Entwicklung seit dem Frühjahr 89 sehr sorgfältig beobachtet und diskutiert. Daran knüpft dieses Info mit einem ausführlichen Bericht zur Lage an. Weder der Vorstand noch dies Info können fertige Antworten liefern, wohl aber Material. Gefragt ist eine breite Diskussion, wie die Auseinandersetzung um KONRAD, ASSE, Atommüll und Atomenergie weitergehen soll. Alle Mitglieder und FreundInnen sind dazu aufgerufen.

Eine Informations- und Diskussionsveranstaltung zur aktuellen Entwicklung findet im Rahmen einer Veranstaltungsreihe des Umweltschutzforum Schacht KONRAD e.V. Salzgitter am Freitag, dem 26. Januar um 19.30 Uhr im Kirchenzentrum Salzgitter-Fredenberg statt.

Bericht zur Lage

Nach der hektischen Betriebssamkeit, die die Vorbereitung der Auslegungskampagne im Frühjahr allerorten ausgelöst hatte, herrschte nach der Sommerpause etwas Ratlosigkeit, wie es denn nun mit KONRAD weitergehen würde. Stand die Auslegung jetzt unmittelbar bevor, wie zum wiederholten Male aus dem Umweltministerium zu hören war, würde sie im Herbst stattfinden oder gar erst 1990 im Frühjahr oder Herbst. Wie es scheint, werden alle jene recht behalten, die davon ausgegangen sind, daß das KONRAD-Verfahren erst nach der Landtagswahl weitergehen wird. Dennoch bleibt die AG auf alle Eventualitäten vorbereitet. Zwar schien nach der Sommerpause erstmal die "Luft raus" zu sein und nichts anzustehen. Aber es war klar, daß es nicht ausreichen kann, lediglich auf die Auslegung zu warten, während gleichzeitig die globalen Rahmenbedingungen für die Durchsetzung von KONRAD und die Nutzung der Atomenergie verändert werden.

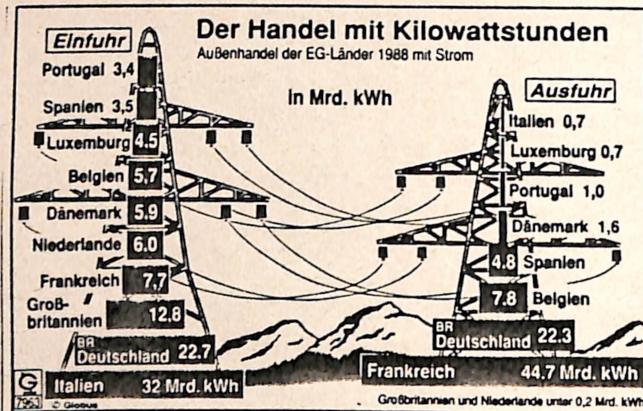
Für Aufsehen im ganzen Bundesgebiet sorgte die Ankündigung, der Bund habe amerikanischen Atommüll gekauft, um ihn zu Testzwecken in der ASSE II einzulagern. Alle innenpolitischen Auseinandersetzungen wurden aber schließlich durch die atemberaubend Entwicklung in der DDR in den Schatten gestellt. Auch sie sind für uns nicht folgenlos.

Bedauerlich oder notwendig, die Diskussionen innerhalb der Arbeitsgemeinschaft drehten sich mehrere Wochen lang vor allem um interne Probleme und Finanzen.

Der nachfolgende, ziemlich ausführliche Bericht ist stichwortartig gegliedert, um ein kursives Lesen zu erleichtern.

Europäisierung

"Radioaktivität vernarrt die Grenzen", heißt es in einem Appell an Europa für den Ausstieg aus der Atomwirtschaft aus Frankreich. Dort wie hier regt sich der Widerstand gegen die europäische Neuformierung der Atom- und Energiewirtschaft. "Soll Frankreich zum Kernkraftwerk Europas werden?", heißt es in dem Appell, den eine Europäische Versammlung gegen Atomenergie am 7./8. Oktober in Agen (Frankreich) verabschiedete. Ein Blick auf den EG-Strommarkt macht deutlich, was damit gemeint ist.



Ein europäisches Komitee hat sich auch gegen den Schnellbrüter Superphenix in Crey Malville gebildet, bereitet Aktionen und eine Demonstration am 28. April vor.

Die BI Schwandorf organisierte mehrere Busreise zu französischen Gruppen, an denen sich auch VertreterInnen anderer Gruppen beteiligen konnten. Bei einem internationalen Aktions- und Beratungswochende der BI Lüchow-Dannenberg Anfang Oktober war die AG durch Kurt Dockhorn vertreten. Schwerpunktthema war die Europäisierung auch Anfang November bei der Herbstkonferenz der Anti-AKW-Bewegung in Saarbrücken.

Die Arbeitsgemeinschaft hat sich an der begonnenen Diskussion über die Europäisierung wie berichtet initiativ beteiligt. Ein Versuch Mitte September, eine Diskussion mit Parteien und Organisationen in Bonn zu beginnen, ging allerdings fehl. Zwar beteiligten sich Bürgerinitiativen und GRÜNE, andere Parteien und Organisationen blieben der Diskussion jedoch fern.

Umstritten ist bisher, welchen Stellenwert die Frage der Europäisierung bei der von Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft für dieses Jahr vorgeschlagenen Großdemonstration in Hannover haben soll.

Im (Spät)Sommerinfo und dem damit verschickten Diskussionsbeitrag zur "Europäisierung der Atom- und Energiewirtschaft" haben wir sehr ausführlich über die aktuelle Entwicklung informiert. Der Verzicht auf die bundesdeutsche Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf und in deren Folge die Verzögerung des KONRAD-Verfahrens erwies sich bei genauer Betrachtung als eine Neuformierung der Energie- und Atomwirtschaft auf europäischer Ebene. Allerdings sind deren Ausgangspositionen sehr unterschiedlich:

- * Der Atomindustrie (Anlagenbau; BRD: KWU/ Siemens) mangelt es weltweit an Aufträgen und sie setzt darum auf bestandssichernde Kooperation,
- * die bundesdeutsche Energiewirtschaft hat aufgrund ihrer Monopolstellung und der hochsubventionierten Atomenergie gigantische Gewinne gemacht, kauft im Inland Firmen der unterschiedlichsten Branchen auf und sucht im Ausland durch die Kooperation mit Frankreich eine Monopolstellung im EG-Energiesektor auf- und auszubauen.

Die Bundesregierung versprach, Verträge zwischen Industrien in der BRD, Frankreich und Großbritannien völkerrechtlich abzusichern und damit politisch unangreifbar zu machen. Solche Musterverträge lagen Minister Töpfer Ende 89 zur Prüfung vor. Anders als z.T. erwartet, weisen diese Verträge keine bundesdeutsche Kapitalbeteiligung an der französischen Wiederaufarbeitungsanlage aus und sind zeitlich (1999-2005) und volumenmäßig sehr begrenzt. Hieraus und aus der Auseinandersetzung zwischen und innerhalb der

Bericht zur Lage

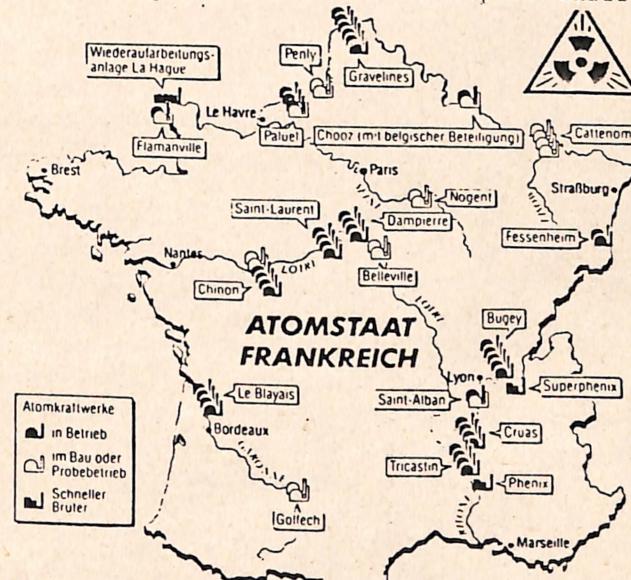
Energieversorgungsunternehmen wurde deutlich, daß die Energiewirtschaft an der Wiederaufarbeitung langfristig kaum interessiert ist. Sie erfüllt einerseits das Atomgesetz, das nach herrschender Auffassung die Wiederaufarbeitung verlangt und hält sich Optionen offen. Da aber selbst die FDP die Wiederaufarbeitung ablehnt, scheint auch ein politischer Verzicht auf diese Technik in absehbarer Zeit realistisch. Dies heißt nicht, daß damit zugleich auf die Option einer militärischen Nutzung der Atomtechnik verzichtet würde. Einerseits verfügt die BRD bereits heute über große Mengen Plutonium, andererseits haben sich die Rahmenbedingungen verändert (europäischer Zugriff, politische Reputation der BRD, usw.).

Wichtigster Partner und zugleich größter Konkurrent der bundesdeutschen Energieversorger ist der französische Stromkonzern EdF. Die staatliche EdF verfügt angesichts eines verordneten AKW-Bauprogrammes über hohe Stromüberkapazitäten, ist aus dem gleichen Grund aber hochverschuldet. Die BRD-Stromunternehmen haben zwar viel Kapital, befürchten aber, "billiger" französischer Strom für Industriekunden könnte ihnen bei Liberalisierung des EG-Strommarktes Kunden streitig machen (in Frankreich ist Strom für die Industrie zwar billiger, für die Privathaushalte aber teurer!). Zusammenarbeit erschien für beide Seiten opportun. Und die sieht dann z.B. so aus: Die EdF will Strom nach Portugal exportieren. Dazu soll der Reaktor von Golfech bei Agen in Südfrankreich (darum fand dort die o.a. Versammlung statt) genutzt werden. Die dazu erforderliche Stromtrasse durch Spanien besteht nicht und der EdF fehlt angesichts einer Verschuldung von umgerechnet 70 Mrd. DM das Geld sie zu bauen. Die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke haben das Geld und sind gerne bereit, die geschätzte 1 Mrd. zu investieren. Sie sind damit nicht nur kurzfristig dritter Partner im Bunde, sondern sichern sich auch langfristigen Einfluß auf das europäische Verbundnetz. Und schließlich hofft man, daß die Franzosen dann davon Abstand nehmen, überschüssigen Strom in die BRD zu exportieren. Und weil nationale Interessen der internatio-

Bericht zur Lage

nalen Stromverschieberei im Wege stehen - welches Interesse sollte Spanien an einer RWE Trasse für französischen Strom nach Portugal haben? - legte die EG-Kommission im September eine Richtlinie vor, die eben diesen Stromtransit erzwingen soll.

Allerdings gerät die EDF zunehmend unter Druck. Einerseits gibt es erhebliche technische Schwierigkeiten bei den französischen Atomreaktoren. Lange Stillstände bei Wartungen und durch defekte Dampfaustauscher mindern die Stromproduktion. Hierzu gehört auch ein konzeptionelles Problem:



Die Reaktoren stehen aufgereiht an den großen französischen Flüssen, die das Kühlwasser liefern sollen. Dies erwies sich bei Niedrigwasser im Sommer und Winter als Problem. Im Dezember waren 15 von 52 Reaktoren nicht am Netz. Neben Milliardenausfällen für die EdF bedeutete dies, daß Frankreich Strom importieren mußte. Der zweite Grund ist das Osteuropa-Geschäft, seit langem ein Ziel und wichtiger Teil der Europäisierungsstrategien. Und hier hat die BRD - trotz aller Bemühungen Mitterands - die Nase vorn. Dazu mehr beim Punkt DDR/Osteuropa.

Radioaktivität vernarrt die Grenzen. Aber nicht nur das. Ist ein Energiesystem überhaupt noch rational vertretbar, daß Strom verlustreich und teuer über hunderte von Kilometern verschiebt, daß über ebensolange Wege Atommüll transportiert, ohne das daraus nur der geringste Nutzen ersichtlich wäre? - Denn auch das wurde im Oktober durch Panorama bekannt: tatsächlich funktionieren tut die Wiederaufarbeitung auch in Frankreich nicht. Der Atommüll wird nur in eine andere Form gebracht. Und für KONRAD heißt das, daß der LeHague-Müll durch Verunreinigungen etwa 4 bis 8 Tonnen Plutonium enthalten wird.

Entsorgungskonsens und Energiepolitik

Gesichert war die "Entsorgung" nie, offenkundig gescheitert ist das nationale Entsorgungskonzept der BRD seit der Aufgabe der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf im letzten Frühjahr. Deutlich wurde einmal mehr, was gesicherte Entsorgung für den Bund heißt. Solange nämlich die Verträge mit ausländischen Wiederaufarbeitern nicht abgeschlossen waren und als Entsorgungsnachweis dienen konnten, konnte die DWK den Bauantrag für die Anlage in Wackersdorf bis Ende Dezember nicht zurückziehen. Weil sonst Atomanlagen wegen offenkundig fehlender Entsorgungsmöglichkeit hatten stillgelegt werden müssen (oder können), diente eine Bauplatzruine 8 Monate lang als Entsorgungsnachweis für bundesdeutsche Atomkraftwerke. Ausschüsse des Deutschen Bundestages waren sich in dieser Zeit auch nicht zu blöde, den Anfang 1988 vorgelegten, von der Zeit überholten und in jeder Beziehung hinfälligen Entsorgungsbericht der Bundesregierung zu "billigen".

In der Realität aber läuft garnichts mehr, wofür der Stillstand im KONRAD-Verfahren ein beredtes Beispiel ist. Die Energiewirtschaft verlangt energisch nach einem neuen

Entsorgungskonzept und hat mit den Auslandsverträgen und darin enthaltenen Rücktrittsklauseln ihre Haltung dokumentiert. Nur eine gesicherte Entsorgung sichert den Bestand der laufenden Anlagen. Außerdem bleibt der Atommüll ein Juckepunkt der öffentlichen Auseinandersetzung und aus Sicht der Energiewirtschaft besteht die Gefahr, daß die Parteien am Entsorgungsdebakel ihr Süppchen kochen. Die SPD verlangt die Abkehr von der Wiederaufarbeitung und vom Schnellen Brüter und ein Konzept "direkter Endlagerung" abgebrannter Brennelemente, lehnt jedoch den Standort Gorleben ab. Die CDU will an WAA, Brüter und Gorleben festhalten, sieht sich aber sowohl seitens der Energiewirtschaft (WAA), als auch seitens der SPD unter Druck. Die FDP hat sich zur Ablehnung der Wiederaufarbeitung durchgerungen, hält jedoch an der Atomenergie als unbefristeter "Übergangstechnologie" fest. Diese Position, wie auch die prinzipiell ablehnende Haltung der GRÜNEN, können zu Eckpfeilern zukünftiger Regierungsbildungen in Bund und Ländern werden. Gegenüber dem Druck der Energiewirtschaft versucht die Bundesregierung auf Zeit zu spielen und die Entscheidung über ein neues Entsorgungskonzept nach den Bundestagswahl 1990 zu verschieben. Ende Oktober einigte sich die Ministerpräsidentenkonferenz darauf, einen Staatssekretärsausschuß zur Fortentwicklung der Entsorgungsgrundsätze von 1980 einzusetzen, der Mitte 1990 einen ersten Bericht vorlegen soll. Allerdings wurde auf Wunsch Niedersachsens festgeschrieben: "Zuvor soll die gemeinsame Haltung zur Errichtung eines Endlagers für schwach- und mittelaktiven Abfalls festgelegt werden", gemeint ist KONRAD. Und Bayern gab zu Protokoll, "daß eine einvernehmliche und dauerhafte Regelung der Entsorgungsfrage auf der Basis des integrierten Entsorgungskonzeptes nicht isoliert von den Grundfragen der Energiepolitik, auch in ihrer europäischen Dimension, gefunden werden kann. Dazu gehört vor allem die Wiederherstellung des Grundkonsenses Kohle/Kernenergie." Daß sich die CDU-regierten Länder Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz inhaltlich anschlossen, kann nicht verwundern. Denn die Kohlepolitik ist das Hauptdruckmittel gegenüber der SPD. So erklärte CDU-

Wirtschaftssprecher Wissman im August im Handelsblatt an die Adresse der Energiewirtschaft: "Wer in der Kernenergie den Weg der Europäisierung gegangen ist, muß diesen Weg nun auch in der Kohlepolitik vollziehen." Klartext: Wer die billigere französische Wiederaufarbeitung der nationalen vorzieht, muß auch auf nationale Förderung der deutschen Steinkohle verzichten. Die Kürzung des sog. Kohlepennigs von 8,5 auf 7,5% bis 1993 trifft aber nicht die Energiewirtschaft, die im sog. Jahrhundertvertrag zur Verfeuerung deutscher Steinkohle verpflichtet ist, sondern den Bergbau und damit die Revierländer. Dies sind Nordrhein-Westfalen und das Saarland, beide SPD-regiert. Das Junktim Stillhalten in der Kohlepolitik und Stillhalten in der Entsorgung nutzt also sowohl CDU, als auch SPD. Denn am 13. Mai ist nicht nur in Niedersachsen Landtagswahl, sondern auch in Nordrhein-Westfalen. Zwar hat sich das Land Niedersachsen entschieden gegen die Kopplung Kohle/KONRAD gewandt, aber gleichzeitig darauf hingewiesen, daß es KONRAD nicht im Alleingang durchsetzen wolle. Allerdings verfolgt die Landesregierung in Sache KONRAD auch andere Interessen, wenn man so will eine niedersächsische "Kohle"-politik. Die aber ging bisher nicht auf, denn der Bund war kaum zu nennenswerten Zugeständnissen bereit, um das KONRAD-Verfahren wieder in Gang zu bringen.



Eines macht der Atom-Konsens der Ministerpräsidenten aber ganz deutlich: die SPD-regierten Ländern sind, ebenso wie die Bundes-SPD bereit, ein Atommüllendlager KONRAD mitzutragen. Sinngemäß konstatierte der Spiegel (49/89), die meisten Sozis hielten den Schacht für geeignet, man habe nur noch keinen Weg gefunden, es Gerhard Schröder schmunzend beizubringen, wörtlich: "Gesucht wird jetzt ... eine Formel, die Schröder nicht bloßstellt". Und auch der Bezirksvorsitzende der Braunschweiger SPD, Gerhard Glogows-

ki, Landtagsabgeordneter und potenzieller Landesminister, konzidierte auf einer BUND-Veranstaltung in Braunschweig am 14. Oktober, daß ein Nein zu KONRAD bei einer SPD-Landesregierung erst noch durchzusetzen wäre. Wie die Braunschweiger SPD ihr klares Nein zu KONRAD nun auch innerhalb der eigenen Partei durchzusetzen gedenkt, ist bisher nicht bekannt. Immerhin hatte der Braunschweiger SPD-Unterbezirk keine Schwierigkeiten, den KONRAD-Befürworter Kühbacher wieder zum Bundestagskandidaten zu küren. Wenn auch mit 1/3 Nein-Stimmen und Enthaltungen. Noch eines macht die Position der braunschweiger SPD schwierig. Dem Vernehmen nach verhandelt der Vorstand der kommunalen Braunschweiger Stadtwerke über ein Zusammengehen mit der HASTRA und der Überlandzentrale Helmstedt, beide aus dem Hause Veba. Es heißt, die reduzierter Kohleförderung verteuerte die braunschweiger Energieversorgung. Geringere Konzerngewinne gingen aber zu lasten des öffentlichen Personenverkehrs und des kommunalen Haushaltes. Wie ernstzunehmen und standhaft wird eine Politik gegen KONRAD sein, wenn sie zugleich die Gestaltungsräume kommunaler Energieversorgung aufgibt und sich an einen Atomkonzern verkauft?

Gefragt sind eindeutige Stellungnahmen, erkennbare Positionen und Aktionen. Die Anti-AKW-Bürgerinitiativen werden ihre Position zur gescheiterten Entsorgung im Frühjahr 90 mit einem *Sorgenbericht* öffentlich dokumentieren.

In Lüchow-Dannenberg laufen die Vorbereitungen für Aktionen gegen die sog. Pilot-Konditionierungsanlage (PKA). Denn dort, wo jenseits aller Irritationen im ungeeigneten Salzstock ein Endlager weitergebaut wird, soll in Kürze auch mit dem Bau einer Ersatz-Wiederaufarbeitungsanlage begonnen werden. Alle Brennelemente, die nicht aufgearbeitet werden können oder sollen, sollen



hier zerkleinert und verpackt werden. Mithin ist das Gefahrenpotential nicht kleiner als in der WAA und die Anlage wird besonders auch dann gebraucht, wenn Atomanlagen ohne Wiederaufarbeitung weiterbetrieben werden sollen (Konzept "Direkte Endlagerung"), wie es von der SPD für kurz oder lang vorgesehen wird. Da in den deutsch-französischen Vereinbarungen auch eine Zusammenarbeit bei der Konditionierung festgeschrieben wurde, fehlt auch bei dieser Anlage die europäische Dimension nicht.

Gemeinsam mit Gruppen aus der DDR wird für Samstag den 3. Februar eine Demonstration gegen die PKA in Gorleben stattfinden. Der Aufruf liegt diesem Info bei, die AG organisiert Busse, die am 3.2. um 11.00 Uhr vom Parkplatz der TU-Mensa in Braunschweig am Rebenring abfahren sollen.

Die von Mitgliedern der AG für dieses Jahr vorgeschlagene Großdemonstration in Hannover sollte, so der Konsens bei allen bisherigen Vorbereitungstreffen, wesentlich dazu dienen, in der Entsorgungs-Diskussion Stellung zu beziehen. Gerade deshalb sei es richtig, so der Vorschlag, nicht an einem einzelnen Standort zu demonstrieren, sondern im Zentrum der niedersächsischen Atom-Politik.

Fraglich bleibt indes, was in den nächsten Monaten am Standort KONRAD laufen wird. "Hier passiert doch", resümierte AG-Geschäftsführer Claus Schröder in seiner Jahresbilanz, "was wir besser garnicht ausdrücken können, daß nämlich die Entscheidung für KONRAD nicht auf wissenschaftlichen Argumenten beruht, sondern einzig und allein auf politischem Kalkül". Und dem wird mit wissenschaftlichen Disputationen allein kaum zu begegnen sein. Eine neue Runde der Spekulation eröffnete das niedersächsische Umweltministerium, als es am 9. Januar erklärte, über die Wiederaufnahme des KONRAD-Verfahrens werde frhestens im Sommer entschieden. Klartext: Es könnte auch sein, daß das Verfahren nicht wieder aufgenommen wird? Z.B., weil erheblich geringere Mengen an Atommüll anfallen als erwartet und KONRAD dafür zu schade ist. Dann könnte

KONRAD z.B. für Giftmüll genutzt und die ASSE doch noch zum Atommüllendlager werden. Denkbar wäre dies, wenn Müll aus der französischen Wiederaufarbeitung gleich in Frankreich bleibt (und dafür z.B. mit mehr heißem Atommüll aus Frankreich in die BRD geliefert wird) oder wenn bei "direkter Endlagerung" mehr Kapazitäten im hochaktiven Bereich gebraucht werden. Möglich ist aber auch, das es sich einmal mehr um einen taktischen Winkelzug im Poker der Landesregierung handelt.

Die hier und auf Seite 12 abgedruckten Karikaturen stellte uns der Karikaturist E. Schröder zur Unterstützung unserer Arbeit zur Verfügung. Im A4-Format sind sie für 5,- DM im Büro und bei Informationsständen der Arbeitsgemeinschaft erhältlich.



ASSE II

"Haben wir denn nicht Gift genug?", hieß Bild am Sonntag Anfang Oktober auf den Putz. Berichtet wurde, daß der Bund in den USA für 40 Millionen DM in Glas gepackten Atommüll kaufe, der in die ASSE II gebracht werden soll. Dabei war die Meldung alles andere als neu. Der geplante Versuch ist die Weiterführung von Untersuchungen, die die bundeseigenen Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung, der der Schacht gehört, seit den 70er Jahren in der Asse II durchgeführt hat. Dabei geht es um die Wirkung heißer radioaktiver Stoffe auf Salz. Ausführlich hatte die GSF diesen Versuch Anfang 1985 in der Presse erläutert. Noch Anfang 1989 wurde ausführlich über zeitliche Verzögerungen,

des nun für Mai 1989 geplanten Versuches berichtet. Die offensive Informationspolitik der GSF machte sich bezahlt, denn Protest war nicht zu vernehmen. Ein Skandal wurde erst daraus, als die Presse ihn daraus machte. Zurecht wie wir meinen. In Redaktionen, Ministerien und natürlich auch bei uns liefen die Telefone heiß. Bundesweit machte sich plötzlich breiteste Empörung breit. Worum geht es bei dem Versuch? - Die GSF hatte zunächst elektrisch Wärme erzeugt und untersucht, wie sich diese Erwärmung auf das Salz auswirkt. In einem zweiten Schritt wurde mit radioaktiven Strahlenquellen untersucht, wie sich das Salz bei Strahleneinwirkung verhält. Abschließend soll mit einer heißen Strahlenquelle die Zusammenwirkung von Hitze und Wärme auf das Salz getestet werden. Heiße, in Glas eingeschmolzene Strahlenquellen, in der entsprechenden Zusammensetzung in der BRD nicht vorhanden, wurden also in der militärischen Wiederaufarbeitungsanlage in Hanford/USA bestellt. Dort wurde Atommüll zu Strahlenquellen verarbeitet und siehe da, aus dem ärgerlichen Müll war ein wertvolles Forschungsprodukt entstanden.

Technische Schwierigkeiten in Hanford, die Frage, wer den Versuch wie genehmigen kann und schließlich die brisante Frage, wo der Müll gelagert werden soll, wenn der Versuch abgeschlossen ist, verzögern ihn nunmehr schon seit mehreren Jahren. In der ASSE II solle dies nicht geschehen, beteuerte die GSF und nur die Überlegung, den Müll oder Teile davon in der ASSE zwischenzulagern, rief den Unmut des sonst alles andere als aufmüpfigen Landkreises Wolfenbüttel hervor. Bekannt wurde auch, dass der US-Staat Oregon nicht gewillt ist, eine Transportgenehmigung zu erteilen und dass sich Umweltgruppen in den USA darauf vorbereiten, den Transport zu blockieren, sollte er je abgehen. Auch in der BRD haben viele Gruppen erklärt, dass sie den Transport von Hamburg über Karlsruhe (!) in die ASSE II nicht zulassen werden.

Empörung auch in der ASSE selbst. Spontan entstanden Unterschriftensammlungen, die von AnwohnerInnen von Haus zu Haus getragen wurden. Über 300 Menschen folgten einer Einladung der Aktion Atommüllfreie ASSE zu einer Podiums-

diskussion. AG-Beiratsgeologe Dr. Detlef Appel, dessen Diplomarbeit über die ASSE pikanter Weise von der GSF finanziert wurde, warnte nicht nur eindringlich vor dem Absaufen der Schachtanlage. Er machte auch deutlich, warum in den USA ein fast fertiges Endlager im Salz aufgegeben wurde: Es gehe nicht um wissenschaftliche Argumente, die Frage sei, was politisch durchsetzbar ist.

Auch hier wird die Frage sein, ob der Import gefährlicher, hochradioaktiver Stoffe in die BRD und in unsere Region politisch durchsetzbar ist. Der ASSE-Beauftragte der AG, Rolf Stein aus Wolfenbüttel bittet daher darum, die beiliegende Unterschriftensammlung zu unterstützen. Weitere Listen können beim Büro der AG angefordert werden.

In lockerer Folge treffen sich AtomkraftgegnerInnen aus der Region jetzt wieder zu sonntäglichen Spaziergängen in der Asse. Das nächste Mal am 28. Januar um 14.00 Uhr an der ASSE-Schänke in Wittmar.

DDR/Osteuropa

In mehrfacher Hinsicht tangieren die Entwicklungen in der DDR und Osteuropa die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft. Zunächst: Das Interesse an der Entwicklung bei unseren östlichen Nachbarn lenkt in erheblichem Maße von innenpolitischen Problemen ab. Aber egal ob zwei deutsche Staaten, eine Konföderation oder eine Vereinigung: Radioaktivität bleibt Radiaktivität und Atommüll bleibt gefährlich. Zweitens haben die BürgerInnenbewegungen in den osteuropäischen Staaten politische Maßstäbe an Ernsthaftigkeit, Entschiedenheit und Breite der Aktion gesetzt, an denen fernerhin auch BürgerInnenbewegungen im Westen gemessen werden werden. Das wichtigste aber: Die Auflösung ökonomischer und politischer Strukturen in Osteuropa hat auch den Rahmen der Auseinandersetzung um Atomtechnik und Energiepolitik verschoben. Reaktorbauer wittern neue Auf-

Bericht zur Lage

träge, die Stromwirtschaft neue Absatzmärkte. Vieles davon, einschließlich des sich neu Formierenden Protestes hiergegen, war den Tageszeitungen zu entnehmen.

Energiepolitische Schwierigkeiten in Osteuropa haben bei der Reaktorindustrie schon seit geraumer Zeit die Hoffnung genährt, ihre leeren Auftragsbücher wieder füllen zu können. Mit der Sowjetunion wurde jahrelang über den Verkauf von HTR-Modulreaktoren verhandelt. Die KWU ließ sich von 150 Mill auf 50 Mill DM Verkaufspreis runterhandeln, dann legte die UdSSR das Projekt trotzdem auf Eis. Allerdings soll Siemens Überwachungsanlagen für sowjetische AKWs bauen. Jetzt haben die BürgerInnenbewegungen einiges verändert. Aus Kreisen der Solidarnosc etwa erfuhren wir, wie bundesdeutsche Wirtschaftshilfe aussieht. In Zarnowiec bei Danzig sind 2 Reaktorblöcke mit je 420 MW in Bau. Die Fertigstellung ist für 1991 geplant, aber offensichtlich aus eigenen Kräften nicht realisierbar. Zudem geht die allgemeine Diskussion in Richtung auf Verzicht auf Atomenergie, nicht zuletzt aus ökonomischen Gründen. Die Bundesregierung bot der neuen polnischen Regierung eine Wirtschaftshilfe-Paket an, darin auch eine KWU Beteiligung in Zarnowiec. Als sich hiergegen Widerspruch regte, stellte die Bundesregierung das Ultimatum, die Wirtschaftshilfe ganz oder garnicht anzunehmen. Jetzt soll die KWU für 180 Millionen DM in Zarnowiec einsteigen. Bezahlt werden soll mit Stromlieferungen zu einem Preis von 0.05 DM/KWh. Ob der in die BRD kommt oder gleich teuer in die DDR weiterverkauft wird, sei dahingestellt.

Interesse an Aufträgen aus und Kooperation mit der DDR haben v.a. die Stromunternehmen angemeldet. Besonders die, deren Demarkationsgebiet an die DDR heranreicht (PREAG und Bayerwerke) haben weitreichende Pläne.

Die DDR hat in den letzten Jahrzehnten auf eine völlig absurde Energiepolitik gesetzt. Die Vorstellung, die Höhe des Stromverbrauches sei gleichbedeutend mit der Höhe des Lebensstandartes führte zu hochsubventionierter Energiever-

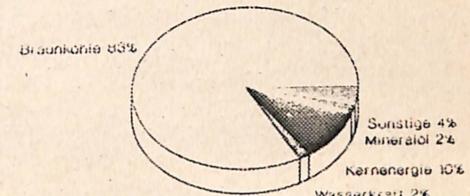
Bericht zur Lage

schwendung und brachte der kleinen DDR weltweit einen der höchsten Pro-Kopf-Energieverbrauche.

Die Braunkohle als Hauptenergieträger belastet nicht nur unerträgliche Luft- und Umwelt, sondern führte auch zur Vernichtung ganzer Landstriche und Lebensräume durch die Tagebaue.

Stromerzeugung DDR 1987 Anteile der Energieträger in Prozent

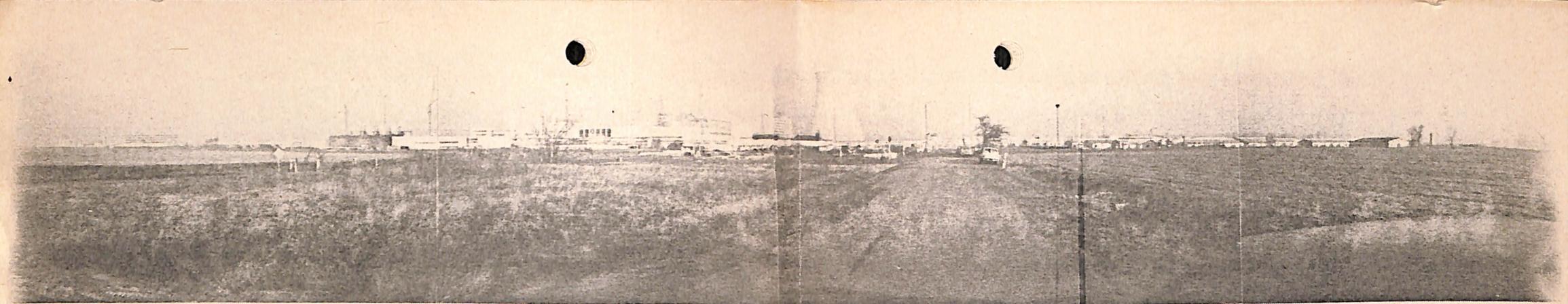
Gesamterzeugung 114.180 GWh



Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR

Als fortschrittlich und sauber wurde dagegen die Atomenergie propagiert. Da die DDR keine eigene Atomenergieindustrie hat, war Kooperation im RGW-Rahmen nötig. Die aber verlief schleppend.





In einer gigantischen Großbaustelle in Stendal, Luftlinie 100 Km von Braunschweig, sollen 4 Reaktorblöcke entstehen. Der erste ist seit 15 Jahren im Bau und ob die für 1994 projektierte Inbetriebnahme überhaupt noch realistisch ist, erscheint sehr fragwürdig. Leistungsreaktoren laufen derzeit überhaupt nur bei Greifswald (Lubmin) und tragen etwa 10% der DDR-Stromerzeugung. Braunkohle versus Atomenergie, so scheint auf den ersten Blick die Alternative für die Menschen in der DDR zu sein. Verlockend sind da die Angebote blitzblanker BRD-Technologie von Siemens zu importieren, die in der DDR beachtliches Vertrauen genießt, oder die Energieversorgung gleich ganz westdeutschen Konzernen zu überlassen. Dazu einige kritische Stimmen aus der DDR:

* Der Ost-Berliner Physiker Sebastian Pflugbeil hat in einer umfassenden Studie für die evangelische Kirche in der DDR zur Energie und Umwelt in der DDR festgestellt, daß durch rationellen Energieeinsatz und -ausnutzung 50% des derzeitigen Verbrauches einzusparen wären. (Die AG hat die ca. 250 Seiten Studie nachkopiert und stellt sie für einen Unkostenbeitrag von 20,- DM zur Verfügung).

* Das Neue Forum fordert die Einstellung aller AKW-Bauprojekte und eine breite Energiediskussion. Keinesfalls dürften vor dem Ende einer solchen konzeptionellen Diskussion strukturelle Festlegungen getroffen werden. Eigene Zielvorstellungen sind Verzicht auf Atomenergie,

Begrenzung der Braunkohle, höhere Energieeffizienz und zu entwickelnde Energiealternative, keine Abhängigkeit von BRD-Stromkonzernen.

* Die SPD (DDR) fordert die langfristige Abkehr von der Atomenergie bei gleichzeitiger Reduktion der Braunkohle-Förderung und -verfeuerung. Kurz- und mittelfristig sollte z.B. BRD-Steinkohle importiert werden, längerfristig Alternativen erforscht werden.

Lautstark hat sich auch Bundesumweltminister Töpfer für die Stilllegung des AKW Greifswald eingesetzt, sie eine Gefährdung für ganz Mitteleuropa genannt. Allerdings ist bekannt, daß die KWU nur darauf wartet, in laufende und neue Bauvorhaben in der DDR einzusteigen. Die PREAG und die Bayernwerke wären bereit, den Bau von je zwei AKWs in der DDR zu finanzieren und sich mit Stromlieferungen bezahlen zu lassen. Für Stromkonzerne und KWU wäre dies ein beachtlicher Deal: Es ließe sich die technologische Substanz

Reaktorbau sichern, neue AKWs für die Stromproduktion in der BRD bauen, ohne auf den hier zu erwartenden Protest zu stoßen und zugleich könnte so der Strommarkt der DDR in die eigenen Versorgungsgebiete einverlebt werden. Bezahlten würden dies letztlich die Verbraucher in der DDR, denen zugleich der positive Anreiz zur Veränderung der eigenen Energiesituation genommen würde. Grund genug für viele Gruppen, die Atomenergie oft wegen des Investitionsvolumens und der zwangsläufigen Auslandsverschuldung ablehnen, kritisch zu intervenieren. Allerdings hat die PREAG

noch ein zweites Bein, die Stromtrasse nach West-Berlin. Vor einigen Jahren bereits wurde über Braunschweig nach Helmstedt eine 380-KV-Verbundnetzleitung gelegt, die jetzt über Magdeburg nach West-Berlin weitergeführt wird. Vordergrundiges Argument ist die Anbindung West-Berlins an das Westeuropäische Verbundnetz. Dazu allerdings, so die Berliner Umweltseminaristin Michaela Schreyer, hätte auch eine 110-KV-Leitung gereicht. Aber: In Wolmirstedt bei Magdeburg wurde eine Anlage errichtet, mit der der Strom auf die Spannung des DDR-Stromnetzes gebracht werden kann. Wesentliches Ziel ist auch hier der Strommarkt der DDR.

Zahlreiche Kontakte in Sachen Atomenergie liefen in den letzten Monaten. Umweltminister Töpfer war in Morsleben, Stendal und Greifswald. In Stendal empfingen ihn AtomenergiegegnerInnen aus BRD und DDR. Für die Forderungen, die Oppositionsgruppen vortrugen, hatte Töpfer nur ein müdes Lächeln: "Das können sie mir ja zuschicken". Anders die Leute vom AKW-Bau, die für Argumenten und Diskussionen außerordentlich aufgeschlossen waren.



22

Auf Treffen, in Gesprächen und bei öffentlichen Veranstaltungen haben Umweltgruppen, Initiativen und Parteigruppen Informationen, Erfahrungen und Meinungen ausgetauscht. Die AG hat Kontakte besonders nach Stendal und Magdeburg entwickelt. Öffentliche Streitgespräche über Atomenergie finden in Stendal am 31. Januar, in Magdeburg am 19. April statt. Eine erste gemeinsame Demonstration gegen den AKW-Bau findet am 11. März in Stendal statt. Die AG wird hierzu Busse organisieren. Ein Fachgespräch im DDR-Atommüllendlager Morsleben, nahe bei Helmstedt, plant die AG gemeinsam mit dem LBU für Ende Februar. Im Rahmen der bundesweiten Konferenz der Anti-AKW-Gruppen, die Ende März in Braunschweig stattfindet, soll ein Ost-West-Forum weitere Möglichkeiten des Erfahrungsaustauschens und des persönlichen Kennenlernens bieten.

Der geschäftsführende Vorstand hat auf einer Klausurtagung im Januar auch über die Bedeutung der Zusammenarbeit mit DDR-Gruppen diskutiert. Dazu Geschäftsführer Claus Schröder: "Es ist schon fast beschämend, wenn die junge Oppositionsbewegung in der DDR sich neben vielen anderen wichtigen Themen auch damit auseinandersetzen muß, daß die BRD-Atomindustrie die DDR als neuen Absatzmarkt sieht, ohne daß von hier Unterstützung kommt. Das ist natürlich eine Frage an die gesamte Anti-AKW-Bewegung. Aber wir haben als 'grenznahe' Organisation da m.E. eine besondere Verantwortung."

Worum also geht es:

1. Die Oppositionsbewegung braucht argumentative Unterstützung nicht Bevormundung. Viele Argumente, die weltweit in den letzten 20 Jahren entwickelt wurden, sind dort kaum bekannt. Dazu sind Gespräche, Veranstaltungen und die Weitergabe von Literatur notwendig.
2. Wer BRD-Atomtechnologie ex- oder importiert sollte wissen, daß er damit auch die Argumente und den Widerstand der bundesdeutschen Atomkraftkritik ex-

bzw. importiert. Dabei geht es nicht nur allgemein um die Gefahren, die von jedem neuen AKW ausgehen, sondern auch konkret darum, daß ein Erstarken der Atomindustrie am Ostgeschäft auch in der BRD nicht folgenlos wäre. Hierüber muß nicht nur in der DDR, sondern besonders auch in der BRD selber informiert werden.

3. Mit der DDR-Atommülldeponie Morsleben haben wir 3 Atommüllkippen auf engstem Raum, eine Frage, die uns aus regionalen Aspekten und Sicherheitsgründen unbedingt beschäftigen muß.

Diese Arbeit zu entwickeln kostet Geld, sei es die Weitergabe von Literatur, die Vervielfältigung von Material für DDR-Gruppen (die über solche Technik nicht verfügen), die Fahrtkosten zu Veranstaltungen, usw. Wem diese Arbeit besonders am Herzen liegt, bitten wir dies bei Spenden besonders zu vermerken.

Was sonst noch lief seit Sommer 1989

Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung über die aktuellen Entwicklungen um KONRAD, ASSE und die Atomenergie allgemein und der Finanzdiskussion im Herbst, schluckte die "laufende Arbeit" den größten Teil unserer Arbeitskraft. Eine nicht abreibende Nachfrage an Informationsveranstaltungen war zu befriedigen, neben Veranstaltungen zu KONRAD bedienten wir erstmals auch Veranstaltungen zur Gesamtentwicklung (Stichwort: Europäisierung) und vertraten den Standort auf zahlreichen überregionalen Terminen und Konferenzen. Zunehmendes Interesse konstatieren wir gerade auch bei Einrichtungen wie Volkshochschulen im ganzen Bundesgebiet. Erfreulich nicht nur, weil wir durch solche Vorträge auch Geld einnehmen. Die Vielzahl von Anfragen und unterschiedlichsten Arten von Informationswünsche, die wir erfüllen, machen deutlich, daß die AG sich

als kompetenter Informant und Gesprächspartner etabliert hat. Die Standort-Präsentation vor der BUND-Strahlenkommission, der Vortrag vor dem Vechelder Sportverein, das Gespräch mit kommunalen Gremien und der Versuch mit Polizeigewerkschaft und Feuerwehr ins Gespräch zu kommen, kennzeichnen diese Vielfalt exemplarisch. Neben vielen regionalen Gruppen, die wir in Bleckenstedt am Schacht begrüßen konnten, hatten wir auch Gäste Brasilien, Sudostasien, Luxemburg, Magdeburg und der Sowjetunion.

Seit der Mitgliederversammlung im Herbst verfolgt die AG nun auch offiziell das von Mitgliedern vorgeschlagene Projekt einer bundesweiten Großdemonstration in diesem Jahr in Hannover. Zwar erreichen uns ständig positive Stellungnahmen aus Ost und West, die eine solche Demonstration begrüßen. Bisher brachten die zahlreichen Vorbereitungstreffen aber nicht den notwendigen Kick, um mit einer breiten Mobilisierung zu starten. Da steckt viel Arbeit drin, die man nicht sieht. Die letztendliche Entscheidung über das Projekt wurde jetzt auch die Konferenz im März in Braunschweig verschoben.

Ebenfalls mit viel Arbeit verbunden war die Projektierung einer kommunalpolitischen Tagung zu Atommülltransporten, die jetzt am 28. April in Vechelde stattfinden soll.

Immerhin 30 bis 50 Menschen demonstrierten am 1. November morgens um 9.00 Uhr in Salzgitter gegen die offizielle Einrichtung Strahlenschutzbunamtes des durch Minister Töpfer. Sehr kurzfristig



Bericht zur Lage

wir Ende Oktober, Anfang November auf Beschuß der Mitgliederversammlung eine kleine Kampagne zur Privatisierung von P&S und der Einrichtung des Strahlenschutzbundesamtes organisiert. Alle Mitglieder wurden schriftlich informiert und in der Presse Stellung genommen. In einer kleiner Runde diskutierten wir am 31.10. im Gewerkschaftshaus in Salzgitter über die Regionalentwicklung. Reißenden Absatz fand schließlich ein Brief, den Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft, an die TeilnehmerInnen der IGM-Demonstration am 9.11. verteilten, in dem sich die AG gegen den Ausverkauf der Region aussprach und Informationen zu KONRAD anbot. Allerdings gab es auch Widerspruch: Nicht nur im Vechelner Rat, sondern auch von einzelnen Mitgliedern wurde gefragt, ob und wie weit dies denn Arbeit zu KONRAD sei. Bedauerlicherweise kam diese Diskussion nicht in den Erweiterten Vorstand, der der Ort wäre, solche Kontroversen zu diskutieren.

Ein gemeinsam mit der Evangelischen Erwachsenenbildung geplantes Journalistenseminar Anfang Dezember mußte wegen mangelnder Teilnahme abgesagt werden. Wir vermuten, daß hier die Entwicklung in der DDR die bundesdeutsche Atommüllproblematik in den Schatten stellte.

Mit viel Elan hat der im September gewählte Vorstand die Arbeit aufgenommen. Viel Raum nahmen auch hier Diskussionen über Finanzen, die aktuellen Lage und Aufgaben ein. Ein erstes Resümee über seine jetzt viermonatige Arbeit im Vorstand zieht Jochen Riggert auf den Seiten 32 und 33. Von den auf der Mitgliederversammlung vorgeschlagenen Arbeitskreisen hat sich bis jetzt nur ein AK zur Klimaproblematik gebildet. Projektiert wird ein Info-Blatt, eine gemeinsame Veranstaltungsreihe mit anderen Organisationen im Mai/Juni, sowie ein Info-Angebot an die Mitgliedsgruppen.

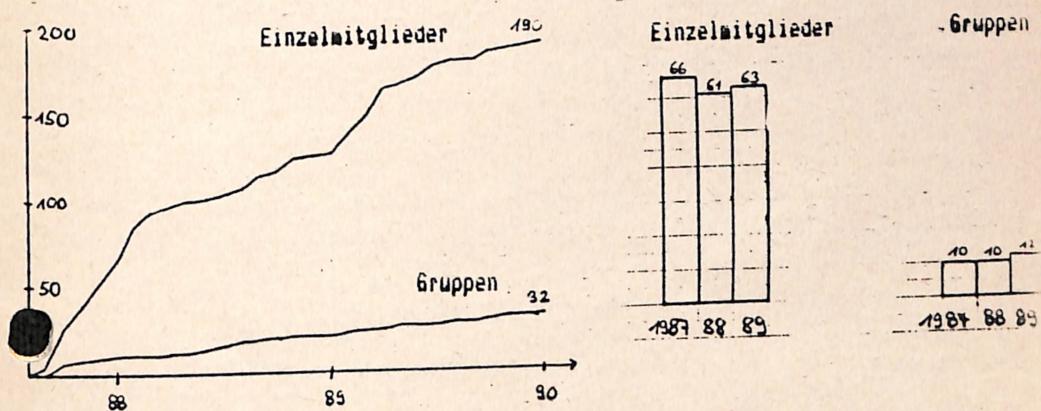
Die praktische Mitarbeit von Mitgliedern auch in Bereichen wie Öffentlichkeitsarbeit/Medien, Europäisierung und DDR und die Einrichtung von Arbeitskreisen für diese Themenkomplexe, bleibt weiterhin sinnvoll und notwendig.

Bericht zur Lage

Finanz- und Mitgliederentwicklung

Eine heftige Finanzdiskussion beutete die Arbeitsgemeinschaft im Herbst. Die Gefahr einer langfristigen Verschuldung wurde für möglich gehalten. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob und wieviele MitarbeiterInnen die AG braucht und sich leisten kann. Die Diskussion und die Lage hat sich entspannt. Wichtig ist die Erkenntnis, daß unsere Finanzierung komplizierter ist, als bei einer Bürgerinitiative und deshalb langfristig vorausschauend geplant und die tatsächliche Entwicklung sorgsam überprüft werden muß. Aktuell sind die laufenden Verbindlichkeiten durch Einnahmen und Forderungen gedeckt. Entsprechende Maßnahmen für 1990 sind eingeleitet. Sehr positiv ist die stetige Mitgliederentwicklung, die in der Grafik ausgewiesen ist und deren Ende nicht abzusehen ist. Zum Jahresende 1989 hatte die AG 190 Einzelmitglieder und 32 Mitgliedsorganisationen.

Mitgliederzuwächse



Eine sehr wichtige Grundlage unserer Finanzierung bleiben die Mitgliedsbeiträge. Wir bitten daher nochmal eindringlich um regelmäßige Zahlung. Viele Mitglieder zahlen per Dauerauftrag, man vergißt es dann nicht und spart Zeit. Wichtig werden für uns auch weiterhin die Spenden sein.

Mit der ASSE, der Entwicklung in der DDR und der komplizierter gewordenen Gesamtsituation, die AG-Vorstandsmitglied Kurt Dockhorn in Anlehnung an Habermas jüngst als "neue Unübersichtlichkeit" bezeichnete, sind uns neue Aufgaben zugewachsen, die allemal Geld kosten. Spenden sind, anders als Beiträge, steuerbegünstigt. Eine entsprechende Quittung wird zugesandt.

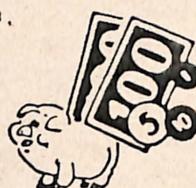
Schließlich hat der Vorstand einen Liquiditätsfonds eingerichtet. Dieser Fonds dient nicht der laufenden Finanzierung unserer Arbeit. Wir erhalten jedoch Zuschüsse, die oft erst Monate später ausgezahlt werden (z.B. im Dezember rückwirkend für das gesamte vergangene Jahr) und wir erhalten Spenden, über die wir erst dann verfügen können, wenn eine Kommune in mehrmonatigem Prozedere Steuerbescheinigungen ausgestellt hat. Der Liquiditätsfonds dient der Vorfinanzierung dieser feststehenden Einnahmen. Das er für andere Zwecke nicht verwandt wird, sichert die AG in einem Darlehnsvertrag zu. Mitglieder und FreundInnen, die über entsprechende private Rücklagen verfügen und bereit sind, sie dem Liquiditätsfonds befristet oder mit einer Kündigungsfrist von 30 Tagen zinslos zu leihen, sollten sich bitte mit dem Finanzverantwortlichen der AG, Jürgen Maschke (Telefon 0531 / 87 54 88) in Verbindung setzen.

Der Jahresabschluß 1989 und die Haushaltsplanung 1990 steht auf der Tagesordnung der nächsten Mitgliederversammlung am 12. Februar 1989.

Was läuft 1990 ?

Nach den eher internen Diskussionen der vergangenen Monate scheint 1990 eher wieder ein Jahr der vielfältigen praktischen Aktivitäten und der Außenorientierung zu werden.

Hierzu soll die Mitgliederversammlung am 12. Februar einen



Arbeits- und Finanzplan beschließen, der die gelaufene Diskussion zusammenfaßt, abschließt und eine Grundlage für die weitere Arbeit bietet.

Der geschäftsführende Vorstand der AG unterstützt den gemeinsamen Aufruf zu Demonstrationen am 3. Februar gegen die geplante Pilotkonditionierungsanlage in Gorleben und am 11. März gegen die Atomenergiepläne in der DDR in Stendal. Der Aufruf soll verbreitet und Busse organisiert werden, ggfs. werden angemessene Info-Veranstaltungen stattfinden.

Im März wird sich die Arbeitsgemeinschaft mit zwei Angeboten an der *Märzkonferenz 1990* der *Anti-AKW-Bewegung* in Braunschweig beteiligen. Geplant ist eine öffentliche Veranstaltung zum Ausstieg aus der Atomenergie zum Auftakt, sowie ein Ost-West-Forum am Samstag der Konferenz.

Voraussichtlich im März wird auch der Sorgenbericht der Anti-Atom-Bürgerinitiativen erscheinen und die nächste Ministerpräsidentenkonferenz zur Entsorgung stattfinden. Ob und wie diese Termine zu nutzen sind, wäre noch zu diskutieren.

Am 28. April soll in Vechelde eine kommunalpolitische Tagung zur Problematik der Atommülltransporte stattfinden, die von Mitgliedskommunen und der AG organisiert wird.

Im April wird der Wahlkampf zur Landtagswahl am 13. Mai in die heiße Phase kommen. Nicht nur vor der Wahl, sondern auch in der nachfolgenden Phase der Regierungsbildung wird es darum gehen, mit geeigneten Mitteln die Bedeutung der Atommüll-Problematik zum Tragen zu bringen. Voraussichtlich im Mai und Juni soll eine kleine Reihe von Informationsveranstaltungen zur Klimaproblematik gemeinsam mit anderen Organisationen in Braunschweig durchgeführt werden.

Bericht zur Lage

Offen ist derzeit noch, ob im Juni die projektierte Großdemonstration in Hannover stattfinden wird. Zweifelsfrei könnte sie ein wichtiger Höhepunkt der Auseinandersetzung um die Atomenergie sein, die sich seit Frühjahr 1989 entwickelt hat.

Geplant, aber zeitlich noch nicht festgelegt, ist eine Tagung des wissenschaftlichen Beirates. Neben der allgemeinen Entwicklung soll insbesondere die ASSE II ein Schwerpunkt der Veranstaltung sein.

Verbessert werden soll der Informationsfluß innerhalb der Arbeitsgemeinschaft. Das hiermit zum zweiten mal erschienende Info soll zukünftig vierteljährlich erscheinen und alle Mitglieder und FreundInnen der AG umfassend informieren. In den übrigen Monaten erscheinen "Gruppeninfos", um über Mitgliedsgruppen und Einrichtungen mit denen wir zusammenarbeiten, aktuelle Informationen weiterzugeben. Dies ist auch eine Konsequenz aus der gegenwärtig unbefriedigenden Präsenz in der Presse.

Das umfassende Info-Angebot der Arbeitsgemeinschaft soll in anschaulicher, übersichtlicher und ansprechender Art zusammengefaßt und publiziert werden, um Mitgliedern, Mitgliedsgruppen und anderen Einrichtungen die Nutzung zu erleichtern.

Die gemeinsam mit dem Umweltschutzforum Schacht KONRAD e.V. Salzgitter herausgegebene gelbe Infomappe wird überarbeitet, neu aufgelegt und ergänzt werden.

Hinzu kommt die Unterstützung von Aktivitäten einzelner Mitgliedsgruppen zu KONRAD, ASSE, usw. Bei zahlreichen Aktivitäten, die an uns herangetragen wurden, konnte bisher noch nicht diskutiert werden, ob oder wie sie unterstützt werden. Genannt sei hier die Demonstration am 28. April in Crey Mallville oder eine Gesamteuropäische Aktivitätenwoche "wunderpunkte wendland" Ende Mai/Anfang Juni.

Als kontinuierlich Aufgabe bleibt die Weiterentwicklung unserer Kontakte in die DDR.

Aus der Vereinsarbeit

Aue-Gutachten vorgestellt

Am 8.11.89 stelle die Gruppe ökologie ein für die Gemeinde Vechelde erstelltes Gutachten über die Belastung der Aue durch ein Endlager KONRAD vor. Die Aue ist durch Abwasser der Stahlwerke stark vorbelastet. Ein Novum, so Ulrike Fink (GÖK), daß ein "Fluß" mit derart geringen und schwankenden Wassermengen Vorfluter einer kerntechnischen Anlage sei. Im Vergleich zu den Antragswerten der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf sollen zwar geringere Radionuklidmengen eingeleitet werden, es ergebe sich aber eine 2 bis 50-mal höhere Konzentration. Neben der daraus resultierenden Belastung der Bevölkerung, sei auch der Verbleib verseuchten Wassers bei Störfällen ungeklärt. Ein noch umfassenderes Gutachten erstellt die GÖK für den Kreis Peine. Das jetzt vorliegende Gutachten ist gegen Kopier- (4,- DM) und ggfs. Portokosten im Büro der AG erhältlich.

KONRAD nicht so wichtig

Weil KONRAD nicht so interessant sei, verordnete Stadtdezernent Lohoff Jugendlichen aus Salzgitters DDR-Partnergemeinde Gotha eine Besichtigung der Sportstätten am Salzgittersee und verhinderte damit ein mit der AG geplantes Gespräch. Als Geschäftsführer Schröder beim offenen Abschlußabend dennoch einen Info-Tisch aufbaute, wurde er von Lohoff daran gehindert, schließlich seien das ihre Gäste, pochte er auf das Selbstbestimmungsrecht des Gastgebers über seine Gäste. Man erinnert sich: So soll es früher mal in der DDR gewesen sein . . .

KONRAD-Transport

Immer mehr kommunale Gremien fordern, die KONRAD Transporte in das Planfeststellungverfahren einzubeziehen und so justitiell zu machen. Nach einem entsprechende Beschuß der Stadt Lehrte, hat auch die SPD im Rat der Stadt Peine eine solche Stellungnahme beantragt.

Aus der Vereinsarbeit

Jochen Riggert, 33, Systemanalytiker, bisher für den Braunschweiger Arbeitskreis gegen Atomenergie im Erweiterter Vorstand, wurde von der Mitgliederversammlung im September neu in den Geschäftsführenden Vorstand gewählt. Im Vorstand beschäftigt er sich mit Mitgliederbetreuung, Erweiterter Vorstand, Finanzen und zeitweise der Klimaproblematik. Warum es ihm gerade jetzt wichtig war, wieder aktiver zu werden und wie er die Vorstandarbeit sieht, schildert Jochen Riggert im nachfolgenden Beitrag:

Liebe Freundinnen und Freunde,

Die Entwicklung des letzten halben Jahres hat uns vor ganz neue Tatsachen gestellt. Mit dem Abschluss des Vertrages zwischen der VEBA und Cogema und der Aufgabe von Wackersdorf wurde ein entscheidender Schritt zur Europäisierung der Atomwirtschaft vollzogen. Die europäische Zusammenarbeit soll nun durch zwischenstaatliche, völkerrechtlich verbindliche Verträge abgesichert werden, die alle nachfolgenden Regierungen binden und einen nationalen Ausstieg aus der Atomenergie sehr schwierig machen.

Um die Probleme der Atomenergie nicht in einem Parteienstreit wieder auflieben zu lassen, wird mit allen Bundesländern und den Parteien ein energiepolitischer Konsens ausgearbeitet, der die weitere Atomenergienutzung auf einer Kompromißlinie fortschreiben will. Dieser Kompromiß wird wahrscheinlich auf die längerfristige Aufgabe der Wiederaufarbeitung hinauslaufen und die direkteendlagerung favorisieren.

Dadurch steht die Weiterentwicklung der Endlager unter Druck, zumal eine Ausweitung der Endlagernutzung auf Europa nicht ausgeschlossen werden kann. Die Entscheidungen darüber hängen immer mehr von wirtschaftlichen und politischen Fragen ab, während die Probleme der Sicherheit und Technik zunehmend ins Hintertreffen geraten.

Wir wollen dieser Entwicklung entscheidend entgegenwirken, indem wir

- Veranstaltungen zu diesen Themen und Vorträge dazu anbieten,
- die großen Verbände und Parteien zu eindeutigen Aussagen veranlassen und Teile von Ihnen, die mit uns diesen Entwicklungen entgegenwirken wollen, unterstützen,
- Kommunen aus dieser Region über die künftige Transportgefährdung zu gemeinsamen Handeln bewegen,
- Die Betreiberpropaganda, die die Atomenergie als Retter der Klimakatastrophe darstellt, öffentlich zu widerlegen.

Aus der Vereinsarbeit

Jahr um Jahr wurde in der Vergangenheit der öffentliche Teil des Planfeststellungsverfahrens zu Schacht Konrad verschoben, weil die großen Unzulänglichkeiten des bis dahin bekannten Planes von uns mithilfe kritischer Wissenschaftler aufgedeckt wurden.

Dies zeigt deutlich, daß wir durchaus Einflußmöglichkeiten haben, die wir uns jetzt nicht freiwillig aus der Hand nehmen lassen wollen. Somit macht sich jeder, der gegen diese Entwicklungen der Atomwirtschaft ist, aber meint, dagegen machtlos zu sein, für die Folgen daraus mitverantwortlich.

Die Mitgliederversammlung am 11.9.89 war nicht gerade ein ermutigender Start für mich als neues Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der AG Schacht KONRAD. Eine große Unsicherheit über die finanzielle Situation herrschte nicht nur auf der Mitgliederversammlung sondern auch im Vorstand. Dieses wurde noch verstärkt durch ganz verschiedene Darstellungen und Einschätzungen.

Um für mich selber ein Bild von der zunächst verworrenen Lage zu machen, habe ich die verschiedenen Einschätzungen vergleichbar gemacht und bin zu dem Ergebnis gekommen, daß die Finanzplanung des Vereins mit zwei vom Verein voll bezahlten Stellen bis Frühjahr 1990 solide ist und daß sich die Größe der nicht vermeidbaren Unwägbarkeiten durchaus an der Vergangenheit orientiert.

Wir haben die Arbeitsteilung für die Aufgaben Mitgliederbetreuung und erweiterter Vorstand etwas aufgelockert. Die Adressverwaltung (AG + erweiterter Vorstand) mache nach wie vor ich alleine, doch die inhaltlichen Fragen zum erweiterten Vorstand und das Entwickeln von Strategien zur Mitgliederwerbung mache ich zusammen mit Jürgen Maschke und Claus Schröder in einer Arbeitsgruppe, die sich in Abwechselung mit dem gesamten Vorstand 14-tätig trifft. Dies hat sich bis jetzt sehr gut bewährt und entlastet die Vorstandstreffen von den ganzen Detailfragen zu diesen Themen.

Die Mitgliederwerbung hat für mich eine große Bedeutung, denn die potentielle Mitgliederzahl ist, wie ich meine, bei weitem nicht ausgeschöpft. Eine gute Mitgliederwerbung soll aber auch gleichzeitig mithelfen, die neuen Themen der AG (Europäisierung, Energiekonsens) weiter bekanntzumachen. Eine stark wachsende Mitgliederzahl kann dann die finanziellen Engpässe und Abhängigkeiten von Zuschüssen für die Zukunft stark reduzieren.

Trotz der Anfangsschwierigkeiten und daraus resultierenden Probleme bereitet mir die Arbeit Freude, zumal jetzt die Zeichen auf Aufbruch und Erweiterung stehen und nicht aufgrund der wiederholten Verschiebung der Planauslegung Müdigkeit sich breit gemacht hat. Bei der Auseinandersetzung mit der Atomenergie, die jetzt schon Jahrzehnte andauert, ist eine gewisse Zähigkeit vonnöten, durch die jede und jeder in dieser Auseinandersetzung sich vor Rückschlägen und Mutlosigkeit schützt. Das daraus letztlich ein entgültiger Erfolg werden kann, haben die Umweltschutz- und anderen oppositionellen Gruppen in der DDR gezeigt. Je intensiver ich an dieser Auseinandersetzung mitarbeite, desto wichtiger und stärkender empfinde ich die obigen Gedanken.

Jochen Riggert

Aus der Vereinsarbeit

Beschluß der Mitgliederversammlung vom September zur weiteren Arbeit

Statt Europäisieren - jetzt Aussteigen

DIE AUSGANGSSITUATION

Bis zum Frühjahr 1989 bestand die Arbeit der AG Schacht Konrad aus dem organisatorischen Aufbau und der Vorbereitung auf eine Öffentlichkeitsbeteiligung am Planfeststellungsverfahren. Die letzte Verschiebung des Verfahrens hängt mit grundlegenden Entwicklungen der Atomwirtschaft zusammen, die auch von der AG eine andere Herangehensweise erfordern:

DIE NEUEN ENTWICKLUNGEN DER ENERGIEWIRTSCHAFT

Die Bevölkerung ist mehrheitlich für einen Ausstieg aus der Atomwirtschaft, doch statt eines Ausstieges werden folgende Entwicklungen vom Staat und der Energiewirtschaft vorangetrieben:

- Europäisierung der Atomwirtschaft durch technische und wirtschaftliche Kooperation. Zur Absicherung werden im Augenblick zwischenstaatliche Verträge vorbereitet, die
 - den Betroffenen vor Ort keinen Einfluß mehr erlauben.
 - nachfolgende Regierungen binden.

Eingeleitet wurde diese Entwicklung mit der Beteiligung der VEBA an La Hague und der Aufgabe von Wackersdorf durch die Bundesregierung.

- Schaffung eines Nationalen Energiekonsenses von Energiewirtschaft, Bundes- und Landesregierung zur Absicherung der weiteren Nutzung der Atomenergie.
- Das Starten eines Propagandafeldzuges, der die Atomenergie als wesentlichen Beitrag zur Verhinderung der Klimakatastrophe darstellt. Die Propaganda hat sich in ganzseitigen Zeitungsanzeigen und Interviews wiedergespiegelt (mit VEBA-Chef Bennigsen-Foerder).

BEDEUTUNG FÜR SCHACHT KONRAD

Die Entscheidung über Schacht Konrad hängt immer weniger von Fragen der Sicherheit und Technik, aber immer mehr von wirtschaftlichen, bundes- und europaweiten Entwicklungen ab.

Schacht Konrad als Atommüllendlager wird eine Voraussetzung des energiepolitischen Konsenses sein.

So wie Frankreich und die BRD sich über eine gemeinsame WAA geeinigt haben, so kann im Gegenzug Schacht Konrad gemeinsames Endlager sogar für alle Staaten Europas werden, die Atomenergie nutzen.

Aus der Vereinsarbeit

SCHWERPUNKTE DER WEITEREN ARBEIT

- * Die Region über die neuen Entwicklungen zu informieren.
- * Auf regionaler, bundesweiter und europaweiter Ebene ein gemeinsames Vorgehen entwickeln unter der Forderung "Statt Europäisieren - jetzt Aussteigen".
- * Die Propaganda zur Klimakatastrophe öffentlich zu widerlegen.
- * Die Parteien und Verbände auf ihre Einstellung zum energiepolitischen Konsens festzulegen und Widersprüche zu ihren eigenen politischen Beschlüssen offenzulegen.
- * Die Kommunen auf regionaler, bundes- und europaweiter Ebene über die Transportprobleme mit einzubinden.
- * Die Auslegungskampagne in dieses Konzept mit einzugliedern.

VORRAUSSETZUNGEN

Die AG Schacht Konrad ist von ihrer Grundstruktur für diese neuen Aufgaben sehr gut geeignet, sie muß allerdings einige weitere Voraussetzungen erfüllen:

- Erschließung höherer finanzieller Mittel.
- Straffung der organisatorischen Arbeit.
- Bindung von mehr Menschen an die praktischer Arbeit.

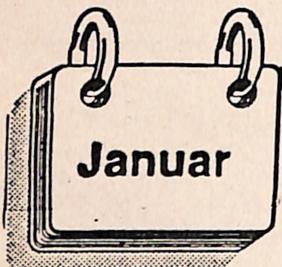
ERSTE VORSCHLÄGE ZUR KONKRETISIERUNG

In Anknüpfung an die Arbeitskreise zur Vorbereitung der Auslegungskampagne schlägt der Geschäftsführende Vorstand die Bildung von Arbeitskreisen, die sich der Umsetzung folgender Themen widmen, vor:

1. Europäisierung:
 - Informationsveranstaltungen.
 - bundesweite und europaweite Kontakte ausbauen und entwickeln.
2. Energiekonsens:
 - Diskussionsveranstaltungen, die die Parteien zu eindeutigen Aussagen zwingen.
3. Gegeninitiative zur Klimakatastrophenpropaganda:
 - Gegenargumente zusammenstellen.
 - Plakate, Informationsveranstaltungen.
4. Transporte:
 - Initiiieren einer Transportkampagne der Kommunen
 - Entwickeln einer Initiative zur dem Atommülltransport zum Asse-Schacht.

Die vorhandenen Medien der AG sollten von den Arbeitskreisen um die neuen Themen erweitert werden.

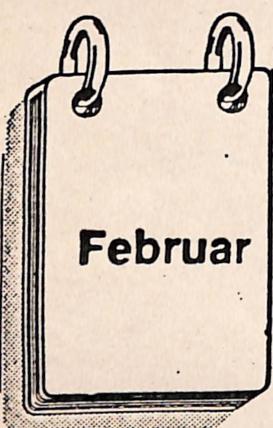
FÜR den Terminkalender



Januar

Freitag, 26., 19.30 Uhr
"Atomkraft Nein Danke ! - Wie weiter"
Informations- und Diskussionsveran-
staltung im Kirchenzentrum Salzgitter-
Fredenberg

Sonntag, 28., 14.00 Uhr
Asse-Spaziergang, Asse-Schänke Wittmar



Februar

Donnerstag, 01.
"Rot-Grün / Hoffnung oder Illusion",
Podiumsdiskussion der Jusos in Braun-
schweig mit Jürgen Trittin, Gerhard
Glogowski, Bernd Henn, Klaus Ness und
Claus Schröder.

Samstag, 03., 14.00 Uhr
Demonstration gegen die geplante Pilot-
konditionierungsanlage in Gorleben, Bus-
abfahrt in Braunschweig 11.00 Uhr ab
Mensaparkplatz TU, Rebenring (15,- DM)

Dienstag, 06., 19.30 Uhr
Erweiterter Vorstand der AG Schacht
KONRAD, Thomas-Gemeinde Wolfenbüttel,
Jahnstraße 1-3

Freitag, 09., 19.30 Uhr
"Atomenergie als Rettung aus der Klima-
katastrophe?", Referent Prof. Klaus
Traube; Kirchenzentrum Salzgitter-Fre-
denberg

Montag, 12., 19.30 Uhr
Mitgliederversammlung der AG Schacht
KONRAD e.V. im FBZ in Braunschweig

ab Donnerstag, 22., 19.45 - 21.15 Uhr,
"Kann Atomenergie die Klimakatastrophe
verhindern?" Volkshochschule Braun-
schweig, Leopoldstraße 6, 3.Stock, Raum
312 (5 Donnerstage),

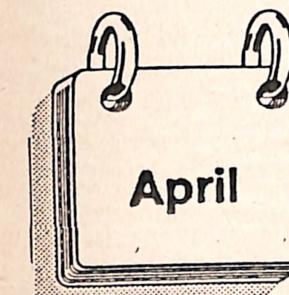


März

Sonntag, 11., 14.00 Uhr
Gemeinsame Demonstration gegen die
Atomenergiepläne in Ost und West an
der AKW-Baustelle in Stendal; Busab-
fahrt in Braunschweig 10.00 Uhr ab
Mensaparkplatz TU, Rebenring (15,- DM)

Märzkonferenz der Anti-AKW-BIs, vo-
raussichtlich am 17./18. oder 31.3./1.4.
in der Neustadt mühle Braunschweig

und außerdem:
Ministerpräsidentenkonferenz zur Ent-
sorgung, Sorgenbericht der BIs gegen
Atomenergie,

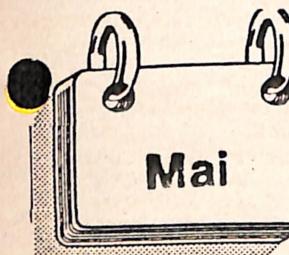


April

Donnerstag, 26.
4 Jahre nach Tschernobyl

Samstag, 28., ganztägig
Kommunalpolitische Transportkonferenz
in Vechelde (Geplant)

und außerdem: Frühjahrsinfo der AG und
Wahlkampf



Mai

Sonntag, 13.
Landtagswahlen in Niedersachsen und
NRW

24.Mai bis 04. Juni
"wunde-r-punkte wendland", Aktionen im
Wendland

Großdemo in Hannover ?

Aus aller Welt und überhaupt

Modell Arbeitsgemeinschaft macht Schule

Die Arbeitsgemeinschaft hat eine Schwester bekommen. In Anlehnung an das in unserer Region entwickelte Modell einer breiten gesellschaftlichen Zusammenarbeit wurde jetzt in Bremen die Arbeitsgemeinschaft Atomkraftwerke abschalten - Stade zuerst gegründet und der Öffentlichkeit vorgestellt. Wie die Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V. will auch der Bremer Verein keine Überorganisation sein, "vielmehr möchten wir in erster Linie all die Gruppen, Organisationen, Gemeinden ansprechen, die sich gegen Atomenergie ausgesprochen haben, ohne dies

Thema zu ihrem Hauptarbeitsfeld zu machen", heißt es in einem ersten Info-Faltblatt. Und: "Unser Verein will den Mitglieder-Organisationen keine Politik vorschreiben; er will fachliche und organisatorische Hilfe anbieten, Aktivitäten in Sachen Atomenergie koordinieren und wirkungsvoll nach außen vertreten." Die Gründungspressekonferenz fand ein beachtliches Presseecho. Nebenstehend die Frankfurter Rundschau von Samstag, dem 13. Januar.

Viel Erfolg !

Samstag, 13. Januar 1990, Nr. 11

Zur Person:



HERBERT BRÜCKNER; ehemaliger Bremer Umweltsenator, zur Zeit ehrenamtlicher Öko-Berater der evangelischen Kirche und der internationalen Naturfreundebewegung, hat gemeinsam mit dem Atomphysiker

Jens Scheer und der Grünen Abgeordneten Anni Ahrens die Arbeitsgemeinschaft "Atomkraftwerke abschalten - Stade zuerst" ins Vereinsregister eintragen lassen. Als Ziel nennen die Atomkraftgegner: "Wir wollen die Ablehnung der Atommeiler zur Volksbewegung machen." In jeder Sekunde, so hieß es im Zusammenhang mit der Gründung des neuen Vereins, könne der hochgradig verspröde te Kessel des Atomkraftwerks Stade bersten, „kurz darauf würden in Hamburg, Hannover und Bremen Zehntausende sterben“. Kaum sicherer als Stade seien in Norddeutschland die Kernkraftwerke Brokdorf, Brunsbüttel, Krümmel, Würgassen, Grohnde, Esenshamm und Lingen.

*

Und dann war da noch ...

... die Stilllegung des AKW Würgassen wg. Sicherheitsmängeln.

... Kritik aus der Polizeigewerkschaft an der Atomenergie, dem Mangel und der Unmöglichkeit, betroffene Beamte fachlich auszubilden.

... der 2.Untersuchungsausschuß des Bundestages zum Trans Nuklear Skandal, in dem eine erstaunliche Argumentation entwickelt wird: schuldig an dem Skandal sollen nicht die Täter sein, sondern die, die eine "geordnete Entsorgung" im Inland verhindert haben.

... die Verkleinerung der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung und ihre Fusion mit der Essener Gesellschaft für Nuklearservice.

... der Verkauf von Uranreserven des Bundes. Uranmarkt und Bedarf waren in den 70er Jahren völlig falsch eingeschätzt worden.

... die Schwierigkeiten der britischen Regierung, die die Energiewirtschaft privatisieren will, aber ihre Atomkraftwerke nicht loswird.

... die Forderung der HTR GmbH (Siemens/ASEA Brown-Boveri) nach staatlicher Förderung aus BRD (140 Mill. DM) und der Schweiz (40 Mill. DM) für die Fortführung der HTR-Linie. Die Energiewirtschaft solle ein "Rahmenprogramm für einen Planungsauftrag zur Stützung der HTR-Linie" finanzieren.

Achtung * Wichtige Anfrage zu Atomtransporten * Achtung

**Kommunalpolitische Transportkonferenz am 28. April 1990
in Vechelde geplant**

Die Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V. plant, zusammen mit der Gemeinde Vechelde, die Mitglied der AG ist, und ggfs. weiteren Kommunen eine ganztägige *Kommunalpolitische Konferenz* über Atommülltransporte am Samstag, dem 28. April 1990 in Vechelde durchzuführen.

Die Konferenz wendet sich insbesondere an Kommunen und kommunalpolitisch tätige in Verwaltungen und Fraktionen, die eigene Erfahrungen und Erkenntnisse mit Atommülltransporten haben oder von zukünftigen Atommülltransporten zu Schacht KONRAD betroffen wären. Auf der Konferenz soll die Problematik der Atommülltransporte von verschiedenen verschiedenen Fachleuten dargestellt werden. Eingeladen sind dazu: Dr. Helmut Hirsch und Wolfgang Neumann (beide Gruppe ökologie Hannover), Christian Kuppers (Oko-Institut Darmstadt), Dr. Lange (Gesellschaft für Reaktorsicherheit, Köln). Rechtsanwalt Michael Günther aus Hamburg wird den rechtlichen Hintergrund des Verfahrens erläutern. Die Veranstaltung ist öffentlich, die Teilnahme kostenfrei.

Ziel der Konferenz ist, Erfahrungen und Erkenntnisse über Atommülltransporte, insbesondere zu Schacht KONRAD, zusammenzutragen und zum Abschluß möglichst eine gemeinsame Forderung der anwesenden Kommunen zu formulieren, daß die Transportproblematik in daß die Transportproblematik in das KONRAD-Verfahren aufgenommen wird. Dies wird ja von der Genehmigungsbehörde immer noch abgelehnt. Für den Erfolg der Konferenz ist es nötig, daß möglichst viele Kommunen vertreten sind. Auf der anderen Seite bietet die Teilnahme der Kommunen oder zumindest die Diskussion um die Teilnahme in den Kommunen einen guten Anknupfungspunkt für die Arbeit "vor Ort" zu Atommülltransporten oder zur Atomenergie allgemein.

Wir bitten daher, uns möglichst umgehend mitzuteilen,
an welche Kommunen (genaue Adresse) die Gemeinde
Vechelde die offizielle Einladung schicken soll.

Achtung * Wichtige Anfrage zu Atomtransporten * Achtung